

**Gleichstellung von Frauen und Männern****Selbstdeclaration zur Lohngleichheit von Frauen und Männern**

Diese Selbstdeclaration ist vollständig ausgefüllt und unterzeichnet mit einem anerkannten Nachweis bzw. dem beiliegenden Fragebogen bei der ausschreibenden Stelle einzureichen.

Projektname:	
Name und Rechtsform des Unternehmens ¹ :	
Unternehmens-Identifikationsnummer (UID):	
Geschäftsadresse:	
Kontaktperson (Name, Funktion):	
Telefon:	E-Mail:
Anzahl Mitarbeitende (ohne Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten):	
1. Gewährleistet Ihr Unternehmen für Leistungen in der Schweiz die Lohngleichheit von Frau und Mann gemäss Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz; SR 151.1)? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
2. Nachweis zur Lohngleichheit im Unternehmen ² : Die Lohnpraxis wurde <input type="checkbox"/> mit Logib Modul 1 geprüft (<i>Unternehmen mit 50 oder mehr MA</i>). <input type="checkbox"/> mit Logib Modul 2 geprüft / <input type="checkbox"/> kein Nachweis (<i>Unternehmen mit weniger als 50 MA</i>). <input type="checkbox"/> nicht mit Logib geprüft (<i>nur wenn Sitz und/oder Leistungen im Ausland; Fragebogen beilegen</i>). <input type="checkbox"/> Das Unternehmen beschäftigt ausschliesslich Frauen bzw. Männer (<i>kein Nachweis</i>).	
3. Referenzmonat der Lohnkosten, die für den Nachweis bzw. Fragebogen verwendet wurden _ _ . _ _ _ (M/J) ³	

Hiermit bestätige ich als Unterzeichnungsberechtigte/r, dass unsere Subunternehmen für Leistungen, die in der Schweiz erbracht werden, die Gleichbehandlung von Mann und Frau gemäss Bundesgesetz über die Gleichstellung gewährleisten. Zudem bestätige ich, dass für Leistungen, die im Ausland durch uns oder unsere Subunternehmen erbracht werden, mindestens die Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (einzeln aufgeführt auf der Rückseite des Formulars) eingehalten werden.

Von den *Informationen für Anbietende* auf der Rückseite dieses Formulars habe ich Kenntnis genommen. Mir ist bewusst, dass die hier deklarierten Angaben zur Lohngleichheit durch die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern des Kantons Basel-Stadt oder von ihr beauftragte Dritte kontrolliert werden können. Ich bestätige, dass das von mir vertretene Unternehmen bei einer Stichkontrolle zur Einhaltung der Lohngleichheit mitwirken und die dafür erforderlichen Daten und Informationen unverzüglich und unentgeltlich zur Verfügung stellen wird.

Ort, Datum:

Rechtsgültige Unterschrift/en:

Vorname, Name:

Von der Beschaffungsstelle auszufüllen	
<input type="checkbox"/> Vergabedatum <input type="checkbox"/> Zuschlagsdatum: _ _ . _ _ . _ _ _ _	Auftragsart:
Ort, an dem die Leistungen zur Erfüllung dieses Auftrags erbracht werden: <input type="checkbox"/> CH <input type="checkbox"/> CH und Ausland ⁴ <input type="checkbox"/> nur Ausland	
Beschaffungsstelle (Dienststelle, Dep.):	
Kontaktperson (Name, Funktion):	
Telefon:	E-Mail:

¹ Name und Adresse der tiefsten selbstständigen juristischen Einheit. Unter selbstständiger juristischer Einheit ist eine Betriebseinheit mit einer selbstständigen juristischen Gesellschaftsform (z. B. AG, GmbH) zu verstehen (z. B. auch eine Tochtergesellschaft). Nicht darunter fallen z. B. Betriebsstätten, Zweigstellen, Niederlassungen, Filialen, Business Units etc., sofern diese keine eigenständigen juristischen Gesellschaftsformen haben.

² Die Einhaltung der Lohngleichheit muss vor Auftragsvergabe mit der Selbstdeclaration sowie einem anerkannten Nachweis bzw. dem Fragebogen belegt werden. Die Information, welcher Nachweis für Ihr Unternehmen anerkannt wird, finden Sie im *Merkblatt für anbietende Unternehmen*. Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden sind während der Einführungsphase vom 1. Mai 2021 bis zum 30. April 2022 von der Pflicht, einen anerkannten Nachweis bzw. den Fragebogen einzureichen, befreit.

³ Die für den Nachweis bzw. den Fragebogen verwendeten Lohnkosten dürfen bei Angebotseinreichung maximal 36 Monate alt sein.

⁴ Bspw. bei einem internationalen Kooperationsprojekt, für welches Leistungen in der Schweiz sowie in Frankreich oder Deutschland erbracht werden.

Informationen für Anbietende

1. Rechtliche Grundlagen

Für in der Schweiz zu erbringende Leistungen vergibt der Kanton Basel-Stadt Aufträge nur an Anbietende, welche die Gleichbehandlung von Frau und Mann gemäss Bundesgesetz über die Gleichstellung gewährleisten (§ 5 Abs. 2 lit. b Beschaffungsgesetz (BeG)).

Für im Ausland zu erbringende Leistungen vergibt der Kanton Basel-Stadt Aufträge nur an Anbietende, welche mindestens die *Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)* einhalten:

- Übereinkommen Nr. 29 vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit (SR 0.822.713.9);
- Übereinkommen Nr. 87 vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (SR 0.822.719.7);
- Übereinkommen Nr. 98 vom 1. Juli 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen (SR 0.822.719.9);
- Übereinkommen Nr. 100 vom 29. Juni 1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (SR 0.822.720.0);
- Übereinkommen Nr. 105 vom 25. Juni 1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (SR 0.822.720.5);
- Übereinkommen Nr. 111 vom 25. Juni 1958 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (SR 0.822.721.1);
- Übereinkommen Nr. 138 vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (SR 0.822.723.8);
- Übereinkommen Nr. 182 vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (SR 0.822.728.2).

2. Selbstdeklaration und Nachweis

Die Selbstdeklaration wird bei allen offenen und selektiven Verfahren im Staats- und im Nichtstaatsvertragsbereich, bei Einladungsverfahren sowie bei freihändigen Verfahren über dem Schwellenwert, die ab dem 1. Mai 2021 durchgeführt werden, zusammen mit der Offerte eingereicht. Beigelegt werden muss ein Nachweis bzw. der Fragebogen zur Lohnungleichheit im Unternehmen (Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden sind während der Einführungsphase vom 1. Mai 2021 bis zum 30. April 2022 von der Pflicht, einen anerkannten Nachweis bzw. den Fragebogen einzureichen, befreit). Die Information, welcher Nachweis für Ihr Unternehmen anerkannt wird, finden Sie im *Merkblatt für anbietende Unternehmen*.

Die für den Nachweis bzw. den Fragebogen verwendeten Lohndaten dürfen bei Angebotseinreichung maximal 36 Monate alt sein. Läuft die Gültigkeit in der Zeit zwischen der Angebotseinreichung und der Auftragsvergabe ab, bleibt es der Beschaffungsstelle vorbehalten, eine aktuelle Version nachzufordern. Ein Nachweis oder ein Fragebogen, der mit aktuellen Lohndaten erstellt wurde, kann also während max. 36 Monaten verwendet werden.

Bei Arbeits- oder Bietergemeinschaften ist für jedes beteiligte Unternehmen eine separate Selbstdeklaration inklusive Nachweis bzw. Fragebogen einzureichen.

Werden die Selbstdeklaration und ein für das Unternehmen *anerkannter* Nachweis bzw. der Fragebogen nicht vollständig und spätestens bis zur Auftragsvergabe eingereicht, oder wird die Lohnungleichheit von Frauen und Männern gemäss Selbstdeklaration nicht eingehalten, oder liegt der Referenzmonat der verwendeten Lohndaten bei Angebotseinreichung länger als 36 Monate zurück, oder erfüllt der Nachweis die Anforderung (Einhaltung der Toleranzschwelle; Vollständigkeit des Fragebogens) nicht, wird ein Ausschluss aus dem Verfahren verfügt (Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden sind während der Einführungsphase von der Pflicht, einen anerkannten Nachweis bzw. den Fragebogen einzureichen, befreit). Anbietende Unternehmen haben die Möglichkeit, gegen diesen Ausschluss Rekurs einzureichen. Das Verfahren richtet sich nach dem geltenden Recht bei Beginn des Vergabeverfahrens.

3. Subunternehmen

Subunternehmen sind verpflichtet, die Gleichbehandlung von Frau und Mann gemäss Gleichstellungsgesetz einzuhalten. Anbietende Unternehmen verpflichten Ihre Subunternehmen vertraglich, die Vergabebestimmungen einzuhalten.

4. Kontrollen, Sanktionen, Rechtsschutz

Der Kanton Basel-Stadt kann die Einhaltung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern kontrollieren (§ 6 Abs. 2 lit. b BeG). Zuständig für die Überprüfung ist die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern (GFM). Die GFM hat die Möglichkeit, Dritte mit der Durchführung der Kontrollen zu beauftragen. Die Kontrollen werden mit dem Standard-Analyse-Tool des Bundes (Logib) durchgeführt.

Unternehmen sind verpflichtet, an einer Kontrolle zur Einhaltung der Lohnungleichheit mitzuwirken und die für die Kontrolle notwendigen Daten und Informationen unverzüglich und unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Eine Kontrolle, die aufgrund mangelnder bzw. fehlender Mitwirkung nicht durchgeführt werden kann, gilt als nicht bestanden.

Bei Verletzung der Lohnungleichheit von Frauen und Männern oder der Mitwirkungspflicht wird der Anbieterin oder dem Anbieter eine Frist von 12 Monaten gesetzt, innert der die Lohnungleichheit anhand eines qualifizierten Nachweises (s. *Merkblatt für anbietende Unternehmen*) nachgewiesen werden kann. Weist das Unternehmen die Einhaltung der Lohnungleichheit innerhalb der Frist nicht nach, kann eine Sanktion verfügt werden. Die Anbieterin oder der Anbieter kann gegen diese Verfügung Rekurs einreichen. Das Verfahren richtet sich nach geltendem Recht bei Beginn des Kontrollverfahrens.

Weitere Konsequenzen bei Verletzung der Lohnungleichheit oder der Mitwirkungspflicht für einen bestehenden Auftrag werden vertraglich (Konventionalstrafe) geregelt.

5. Weitere Informationen

Weitere Informationen finden Sie im *Merkblatt für anbietende Unternehmen* sowie auf www.kfoeb.bs.ch oder www.gleichstellung.bs.ch/lohnungleichheit/beschaffungswesen.